



[www.dielinke-teltow-flaeming.de](http://www.dielinke-teltow-flaeming.de)

## Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

### Nach der Wahl ist vor der Wahl

Nun sind einige Tage ins Land gezogen und der Alltag nach einem erfolgreichen Wahlkampf und Wahlsonntag hat uns schon längst wieder eingeholt. Trotzdem sollten wir die Wahlergebnisse noch ein bisschen wirken lassen, denn nach der Wahl ist vor der Wahl. Wir können mit Recht stolz sein auf unsere Wahlergebnisse – und das für den Kreistag wie auch für die Stadt- und Gemeindevertretungen, einschließlich der Ortsteile. Da, wo wir angetreten sind, haben wir an Stimmen absolut dazugewonnen, auch wenn sich das, wie beispielsweise in den Städten Trebbin und Dahme und in der Gemeinde Großbeeren, noch nicht in einem Zugewinn an Mandaten niedergeschlagen hat. Gefreut haben uns die Ergebnisse in Blankenfelde/Mahlow, Rangsdorf und Ludwigsfelde, wo wir trotz Einwohneraustausches Mandate dazugewinnen konnten.

#### Unsere Hochburgen

Unsere Hochburgen als stärkste Fraktion in Luckenwalde und Jüterbog konnten wir halten und mit absoluten Stimmengewinnen weiter ausbauen, wengleich in Jüterbog auch die SPD

#### Keine neuen Braunkohlentagebaue in der Lausitz!

**Geht in die Meldebüros der Städte und Gemeinden und unterstützt das Volksbegehren. Keine neuen Tagebaue in der Lausitz!**

Seite 7

deutlich an Wählerstimmen dazugewonnen hat und sie ebenso wie DIE LINKE mit sechs Mandaten jetzt in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist. In Luckenwalde ist der Abstand zur SPD größer geworden – mit elf zu neun Mandaten. Ein besonderes Highlight war am Wahlabend die neue Hochburg der LINKEN - die Gemeinde Am Mellensee, wo wir die stärkste Fraktion stellen.

#### Ein Schwerpunkt zum Leben erweckt

Besonders gefreut haben uns auch die Ergebnisse der Linkspartei in der Stadt Baruth, die ihre Mandate verdoppeln und die das beste Parteienergebnis einfahren konnte. Hier ist ein Schwerpunkt unserer Arbeit zu wirklichem Leben erweckt worden und es gelang, auch die Parteistruktur durch Neueintritt und Zuwachs an Sympathisanten zu stabilisieren. Nach wie vor ist die Wählervereinigung dort zwar die stärkste Kraft mit sechs Mandaten, gefolgt aber nun von der LINKEN mit vier Mandaten und mit jeweils drei von SPD und CDU.

*Fortsetzung auf Seite 2*

#### Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik!

Wie befriedet man Afghanistan? Ist der zivile Aufbau nur mit starker militärischer Präsenz möglich?

Seite 8

#### Bilderrätsel

##### Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus der Region Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



In der nächsten Ausgabe kann die Auflösung nachgelesen werden.

#### Zitiert...

*„Wir werden durch das Buch vielleicht länger herrschen als durch das Schwert.“*

*Honoré de Balzac (1799-1850)*

**DIE LINKE.**

*Fortsetzung von Seite 1*

## **Mehr als Verdopplung der Mandate**

Was man kaum zu hoffen gewagt hat, haben unsere Mitstreiter in Zossen und Nuthe-Urstromtal erreicht. Hier gelang mehr als die Verdopplung der Mandate von bisher jeweils zwei auf zukünftig fünf. Das ist eine deutliche Bestätigung unserer Wahlstrategie, uns inhaltlich und personell gut aufzustellen. Unsere weißen Flecken, also Ort, in denen wir im ländlichen Raum weder mit einer Struktur noch mit Kandidaten vertreten sind, konnten wir auch reduzieren. Wir haben jetzt im Ortsteil Schlenzer der Gemeinde Niederer Fläming einen Ortsvorsteher und einen Sitz in der Gemeindevertretung.

## **Das heißt, von 0 auf 100 ...**

und bestätigt unsere Erfahrung, dass wir dort, wo wir antreten, auch gewählt werden. Die ca. 1.000 Wahlberechtigten der Gemeinden Ihlow und Dahmetal wählten unsere Kandidaten für den Kreistag – ein Angebot für die Gemeindevertretung hatten wir nicht – noch nicht.

Diese guten Ergebnisse als Bestätigung guter Arbeit seit 2003 in den Gemeinden, Städten und im Kreistag waren letztendlich auch Garant für unseren Stimmenzuwachs von 12.580 auf nunmehr fast 48 000 Stimmen für den Kreistag Teltow-Fläming. So wie für die Landes- und Bundesebene die Kommunalpolitik den Grundpfeiler bildet, ist es unsere Kreispolitik selbst – über Partei und Fraktion, aber auch unsere Arbeit in den Gemeinden und Städten. Hier sind wir verankert, gestalten vor Ort das Leben, geben Hilfestellungen und vermitteln unsere Inhalte für mehr soziale Gerechtigkeit an Hand konkreter Projekte und Vorhaben.

## **Kreistagsfraktion nun mit 14 Mandaten**

Davon zeugen die hervorragenden Einzelergebnisse in den Wahlkreisen 1 bis 5 für den Kreistag Teltow-Fläming. Und noch eine Erfahrung ist möglicherweise abzuleiten, auch wenn

wir noch keinen Bürgermeister in Teltow-Fläming haben, so zeigen die Ergebnisse für Dirk Hohlfeld, Maritta Böttcher und Klaus Hubrig, dass wir mit einem guten Personalangebot zu den Bürgermeisterwahlen in der Gemeinde Am Mellensee, in Jüterbog und Ludwigsfelde präsent waren. Und vielleicht hat die heutige Politik des CDU-Bürgermeisters in Mellensee, den vorher keiner gekannt hat, und die Zuspitzerpolitik des FDP-Bürgermeisters in Jüterbog so manchen Wählerin und Wähler mit ihrer Stimmenabgabe zu mehr Verlässlichkeit und Bodenständigkeit zurückfinden lassen.

Wir haben einen Stimmenzuwachs von 5,12 Prozent zur Wahl 2003, zwei Mandate hinzugewonnen und den größten Zuwachs von 12.580 Stimmen. Erstmals liegen wir in Teltow-Fläming nicht mehr unter dem Landesdurchschnitt der Linkspartei in Brandenburg. Das ist ein wirklicher Wahlerfolg, vor allem auch, wenn wir uns daran erinnern, dass in Teltow-Fläming bis 2003 die SPD mit absoluten Mehrheiten regiert hat und sie ihren Stimmeneinbruch um 15 Prozent 2003 auf 27,38 % mit einem Zuwachs 2008 von 2,33 % nur marginal kompensieren konnte.

Die SPD ist die stärkste Fraktion mit 17 Mandaten, gefolgt von der LINKEN mit 14 und abgeschlagen die CDU mit zehn Mandaten. Die FDP hat fünf Mandate, der Bauernverband drei, die Parteilosen nur noch ein Mandat, Bündnis90/Grüne zwei, der Zossener Plan B zwei Mandate, der BVB/50 Plus zwei Mandate und die DVU ein Mandat.

## **Sozialprotest ist nicht rechtsradikal!**

Und hier bin ich bei einem Thema, das uns sehr aufmerksam machen sollte. DVU und NPD wurden in Teltow-Fläming gewählt. In Ludwigsfelde trat die NPD an und hat jetzt ein Mandat, in Jüterbog und Luckenwalde hat die DVU ebenso jeweils ein Mandat. Im Kreistag ist es ihnen zwar nicht gelungen, ihr ein Mandat weiter auszubauen, aber sie konnten ihre Stimmen-

ergebnisse von 2003 zu 2008 mit jetzt 5032 Stimmen mehr als verdoppeln. Ich bitte euch heute schon konkret für eure Regionen, für die Gemeinden, Städte, Ortsteile und Wahlbürobezirke in den Städten, diese Ergebnisse zu analysieren. Dort, wo diese Parteien Ergebnisse weit über dem Durchschnitt einfahren konnten, müssen wir neue Schwerpunkte setzen. Sozialprotest ist nicht rechtsradikal! Das zu vermitteln, haben wir eine besondere Verantwortung.

## **Wir sind dabei,**

eine Schnittstellenanalyse mit den Kommunalwahlprogrammen aller Parteien und Wählergruppen zu machen, nicht nur um nach der Wahl unsere Wahlkonkurrenten an ihre Aussagen zu erinnern, sondern um kleine Schritte für eine andere Politik zur Verbesserung des Lebensalltags der Menschen zu initiieren, um nicht locker zu lassen, um zu zeigen, dass wir es ernst meinen und auch wissen, wie es geht.

Am 15. November 2008 haben wir die 2. Tagung unseres 1. Kreisparteitages DIE LINKE T-F. Wir werden auf dieser Tagung u.a. die Kommunalwahlen weiter auswerten – angereichert durch die Erfahrungen der Regionen. Wir haben vor, uns mit einer „Luckenwalder Erklärung – Erste Schritte für eine andere Politik“ zu Wort zu melden, und bitten euch dabei schon heute um eure Unterstützung.

*Kornelia Wehlan, Kreisvorsitzende*

## **Erstes Resümee unseres Kreiswahlkampfleiters**

Die Ergebnisse in den Gemeinden und im Kreistag stehen fest und sind Beweis eines mit hohem Engagement vieler fleißiger Helfer erfolgreich geführten Wahlkampfes. Dafür gebührt allen ein herzliches Dankeschön auch von meiner Seite.

Erneut hat sich bestätigt, dass Kommunalwahlen Personenwahlen sind. Wenn in fast allen Regionen unsere

*Fortsetzung auf Seite 3*

*Fortsetzung von Seite 2*

KandidatInnen die Spitzenergebnisse erzielt haben, ist dies eine Bestätigung, dass wir die richtigen KandidatInnen aufgestellt hatten.

Nun wird niemand von mir nach knapp zwei Wochen eine umfassende Analyse erwarten. Diese werde ich sicherlich auf der Beratung des Kreisparteitages am 15. November geben können bzw. zur nächsten Zusammenkunft des Kreisvorstandes. Trotzdem seien mir erste Gedanken gestattet, die mich als Kreiswahlkampfleiter einfach bewegen nach diesen anstrengenden Wochen und Monaten.

Entscheidend war und ist das Personal. Jeder hat Stärken und Schwächen, mit denen man arbeiten und leben muss. Deshalb bin ich jedem Mitstreiter im Kreiswahlkampfbüro sehr dankbar. Sicherlich könnte man auch wieder Nuancen der Wertung vornehmen, aber nur wer nicht arbeitet macht auch keine Fehler.

Alle waren sich ihrer hohen Verantwortung bewusst. Dass auch mal ernste Worte fallen mussten, insbesondere bei Finanzangelegenheiten, ist einfach der Bedeutung dieser Wahlen geschuldet.

Nun werden einige sicherlich sagen, wo soviel Licht ist, muss es doch auch Schatten geben. Richtig, Probleme müssen auch benannt und kritisch ausgewertet werden, damit sie uns voranbringen. Dies werden wir auch gemeinsam tun, aber immer in Würdigung der Gesamtleistung. Diese Gesamtleistung war einfach Top und hat uns die Messlatte wieder ein Stück höher gelegt.

Wesentlichen Anteil daran, gerade in puncto Medien, haben zwei Personen bei uns im Kreisverband, die auch selbst kandidierten. Und es sei mir auch gestattet, sie mit Namen zu nennen. Tina Senst, die für viele Printmedien im Kreis verantwortlich zeichnete und Felix Thier, der den Internetauftritt des Kreisverbandes, sowie des Gebietsverbandes Luckenwalde immer aktuell gestaltete. Ihnen gebührt unser besonderer Dank.

*Manfred Thier*

## 90 Jahre Novemberrevolution

Im letzten Jahr des Ersten Weltkriegs entwickelte sich in Deutschland eine revolutionäre Krise. Die wachsende Unzufriedenheit der arbeitenden Massen fand zunächst in zahlreichen Streiks und Demonstrationen mit einer schnell steigenden Zahl von Teilnehmern ihren Ausdruck. Der Aufstand der Kieler Matrosen am 3. November 1918 dann, eine unmittelbare Reaktion auf die Weigerung der politischen und militärischen Führung Deutschlands, die Niederlage im Krieg anzuerkennen, markierte den Beginn der revolutionären Erhebung, die innerhalb von wenigen Stunden und Tagen ganz Deutschland erfasste: Dynastien dankten ab, Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen überall im Land die Macht. Am 9. November 1918 kam es auch in der deutschen Hauptstadt zum bewaffneten Aufstand. Vom Balkon des Berliner Schlosses aus proklamierte Karl Liebknecht schließlich die „freie sozialistische Republik Deutschland“, Philipp Scheidemann vom Reichstag aus die „freie deutsche Republik“.

Damit allerdings war bereits zu diesem frühen Zeitpunkt eine gegensätzliche Antwort auf die Grundfrage der Revolution gegeben – sollte in Deutschland eine wirkliche Volksmacht in Gestalt einer Räterepublik geschaffen werden, oder ging es darum, die alten Macht- und Herrschaftsverhältnisse nunmehr in Gestalt einer bürgerlich-parlamentarischen Repu-

blik zu bewahren?

Führende sozialdemokratische Politiker, die bereits vier Jahre zuvor mit ihrer Zustimmung zum Krieg die ursprünglichen Prinzipien ihrer Partei verraten hatten, schlugen sich auch in dieser chancenreichen Situation der begonnenen Revolution auf die Seite von Kapital und Militär und trugen somit wesentlich dazu bei, dass die Ergebnisse der Revolution über bürgerlich-demokratische Errungenschaften – so wichtig diese auch waren – letztlich nicht hinausgingen. Bereits im Januar 1919 wurde eine Nationalversammlung gewählt, die schließlich die Weimarer Verfassung beschloss: Die republikanische Staatsform und wichtige demokratische Rechte wurden festgeschrieben. Doch letztlich bestätigte diese Verfassung nur, was in den Tagen der Novemberrevolution zum geflügelten Wort geworden war: „Der Kaiser ging, die Generale blieben.“

Zu den wesentlichen Ergebnissen der Novemberrevolution gehörte allerdings auch die Gründung der Kommunistischen Partei Deutschlands zum Jahreswechsel 1918/1919. Der brutale Mord an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, Ausdruck des weißen Terrors in Deutschland, verhinderte jedoch, dass die junge Partei nachhaltig Einfluss auf Verlauf und Ergebnisse der Novemberrevolution nehmen konnte, die so eine (weitere) unvollendete Revolution in Deutschland blieb.

*Ronald Friedmann, Berlin*

## Kinderarmut ist abwendbar!

Am Samstag, dem 20.09.2008, war der Weltkindertag der westlichen Welt. Im Unterschied zum 1. Juni, dem Kindertag des beseitigten sozialistischen Lagers, haben die Kinder kaum etwas davon gemerkt. Gut, es gab ein paar Aufrufe und Aktionen von denen, die sich betroffen oder angesprochen fühlten, etwas für arme Kinder zu tun. Doch von den jetzt vorherrschenden und die Politik bestimmenden Kräften in unserer kapitalistischen Welt wur-

den diese Aufrufe auch nur als Neid-diskussion abgetan und deshalb nicht beachtet.

Am Sonntag, dem 05.10.2008, haben wir Christen Erntedankfest gefeiert. Doch zu diesem „Danke“-Sagen gehört auch eine gerechte Verteilung an alle Menschen, die die Güter dieser Erde benötigen. Doch die gleichen herrschenden Kräfte, die sich gern ein religiöses Mäntelchen umhängen,

*Fortsetzung auf Seite 8*

# TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

## Anträge der Fraktion DIE LINKE. im Landtag Brandenburg:

### Gesetzentwürfe

- Gesetz zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes
- Gesetz zur Änderung der Verfassung des Landes Brandenburg

### Anträge

- Kulturelle Bildung im Land Brandenburg: Erarbeitung einer ressortübergreifenden Konzeption mit dem Schwerpunkt Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche
- Entwicklung und aktuelle Situation der Steuerverwaltung des Landes Brandenburg
- Eigentum Landeswald dauerhaft sichern
- Begrenzung des Versandhandels mit Arzneimitteln
- Gegen den Abbau von Standards im gesetzlichen Jugendarbeitsschutz
- Senkung von Energiekosten für Haushalte mit geringem Einkommen

### Änderungsanträge

#### Zum Entwurf des Gesetzes zur Änderung des Haushaltsgesetzes 2008/2009

- Einzelplan 05: Ministerium für Bildung, Jugend und Sport
- Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur
- Einzelplan 08: Ministerium für Wirtschaft
- Einzelplan 20: Allgemeine Finanzverwaltung

### Änderungsantrag

- zum Gesetzentwurf der Landesregierung „Drittes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Brandenburg“

### Entschließungsantrag

- zum Bericht der Landesregierung „Energiestrategie 2020 des Landes Brandenburg“



### Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax:

**0 33 71 / 40 65 44**

E-Mail-Adresse:

**BueroLukWehlan@aol.com**



## Ein hart erkämpfter, wohlverdienter Sieg

Die gelöste gute Stimmung bei der Gesamtmitgliederversammlung am 09.10.2008 im Kreishaus war auf unseren Erfolg bei den Kommunalwahlen zurückzuführen. Die Anspannung der letzten Wochen stand vielen Mitgliedern, Sympathisanten und Freunden unserer Partei noch im Gesicht, aber es hat sich gelohnt. Der Landesvorsitzende, Thomas Nord, gab eine erste Einschätzung. DIE LINKE bewegt, hilft und wirkt – das Motto unserer Partei ist bei den Menschen angekommen.

Einige Ergebnisse aus der Sicht des Landesvorsitzenden seien hier aufgeführt:

- **Das Wahlergebnis ist der Erfolg der Arbeit der letzten fünf Jahre,**
- **die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu 2003 um 4,5% gestiegen,**

- **von den 100.000 Mehrstimmen haben 50.000 links gewählt,**
- **wir konnten wesentlich mehr Kandidaten aufstellen als 2003,**
- **mit 27,4% haben wir das beste Wahlergebnis, was je erreicht worden ist,**
- **in elf Landkreisen besteht die Möglichkeit für Rot – Rot,**
- **das Ergebnis im Landkreis Teltow-Fläming liegt über dem des Landes.**

Eine differenzierte Auswertung der Wahlergebnisse wird folgen. Aber eines wurde deutlich: Diese Ergebnisse verpflichten. Unsere Wähler erwarten, dass sich unsere Abgeordneten für eine konkrete Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse einsetzen.

Das wird auch in Zukunft keine leicht

zu bewältigende Aufgabe sein.

Unsere Kreisvorsitzende, Kornelia Wehlan, und der Fraktionsvorsitzende, Jürgen Akuloff, haben im Anschluss an die Ausführungen von Thomas Nord sich ihrerseits zu den Wahlergebnissen und den daraus abzuleitenden Aufgaben geäußert. Darüber wird an anderer Stelle zu berichten sein.

Wir alle sind stolz auf das Wahlergebnis und werden alle unsere Kraft einsetzen, um es zu rechtfertigen.

*Marianne Richter,  
Luckenwalde*

**Danke!!!**



# Einer von Uns

**Steffen: Du bist in den Kreistag und in die Stadtverordnetenversammlung in Zossen gewählt worden. Dazu erst einmal herzlichen Glückwunsch. Was hat Dich bewogen, für DIE LINKE in beiden Vertretungen arbeiten zu wollen?**

Bisher habe ich mich hauptsächlich außerparlamentarisch politisch engagiert. So gehöre ich zu den Mitbegründern von attac-tf.. Die globalen Veränderungen wirken bis hinein in unseren Landkreis, in jede Stadt und jede Gemeinde. Wir sind aber diesem globalen Geschehen nicht einfach ausgeliefert - Veränderungen beginnen vor Ort. Ich habe 1975 meine Diplomarbeit zum 1. Bericht des Club of Rom zu globalen Problemen der Menschheit geschrieben. Dieses Thema habe ich, bei allen beruflichen Veränderungen, nie aus den Augen verloren. Weil DIE LINKE jene Partei ist, die sich am konsequentesten für eine friedliche Welt und für soziale Gerechtigkeit einsetzt, bin ich ihr beigetreten und habe für sie kandidiert.

Ein weiterer Grund für meinen Entschluss resultiert aus meinen Erfahrungen aus meiner Sozialarbeit seit 1992, erst mit Erwachsenen und jetzt bereits seit dreizehn Jahren mit Jugendlichen. Hier habe ich erfahren, welche Nachteile Kinder und Jugendliche haben, wenn Eltern oder junge Menschen selbst arbeitslos sind oder wenn Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden.

**Steffen: Du hast mit 61 Jahren wie alle älteren Menschen aus den neuen Bundesländern Erfahrungen aus zwei Gesellschaftssystemen. Nicht wenige ehemalige DDR-Bürger wünschen sich die DDR zurück, Du auch?**

Nein. Mein Leben teilt sich wie das vieler ehemaliger DDR-Bürger klar in zwei Hälften, eine Hälfte vor der Wende und eine Hälfte nach der Wende. Beide Hälften bilden jedoch ein Gan-

## Dr. Rainer Reinecke



zes. Obwohl ich zu DDR-Zeiten Polizeioffizier und Parteifunktionär war, bin ich kein DDR-Nostalgiker. Dass die jetzigen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht so bleiben können, wie sie sind, liegt angesichts der sozialen Ungerechtigkeiten, Bankenkrise, Kriegseinsätze auf der Hand. Nun gehöre ich nicht zu denen, die mehr oder weniger regelmäßig den Weltuntergang vorhersagen, aber die Gefahren sehe ich schon. Deshalb engagiere ich mich auch weiter politisch.

**Steffen: Wenn Du Dich bisher auch hauptsächlich außerparlamentarisch politisch betätigt hast, so bist Du doch in der Stadtverordnetenversammlung und im Kreistag kein Unbekannter. Welche Erfahrungen aus der parlamentarischen Arbeit bringst Du mit ein?**

Seit der Kommunalwahl 1998 arbeitete ich bis 2007 als sachkundiger Einwohner in dem Ausschuss Soziales, Bildung, Jugend und Sport der Stadt Zossen mit. Nach den Kreistagswahlen 2003 wurde ich als Vertreter der freien Träger der Jugendhilfe in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises gewählt und leitete hier den Unterausschuss Jugendhilfeplanung.

**Steffen: DIE LINKE hat in Zossen ein tolles Wahlergebnis eingefah-**

**ren. Sie konnte bei den Wahlen zur SVV ihr Ergebnis von 2003 von 7,8 auf 17,14 Prozent steigern. Worauf führst Du dieses Ergebnis zurück?**

Wo ich auch hinkam und mich als Zossener Einwohner zu erkennen gab, wurde ich dank der Krise in der Kommunalpolitik in Zossen mitleidig belächelt. Da bedurfte es einfach einmal einer positiven Nachricht aus Zossen. Nun aber ernsthaft. Ich sehe für den Erfolg drei Gründe:

Erstens: Die Genossen, die bisher im Kreistag, in der SVV, in Ortsbeiräten sowie in der Basisorganisation gearbeitet haben, setzten sich engagiert und ehrlich vor allem für die Belange der sozial Schwächeren ein.

Zweitens: Konstruktives Herangehen, verbunden mit Engagement im Wahlkampf, bildeten eine weitere Grundlage für den Erfolg. DIE LINKE in Zossen hat sich nicht an dem Hauen und Stechen beteiligt, sondern trat mit einem Wahlprogramm an, welches bereits auch mit konkreten Vorschlägen für seine Umsetzung unteretzt war. Ob bei der Organisation der Veranstaltungen, bei der ordnungsgemäßen Fertigstellung der Wahlunterlagen, in der Redaktion für die Wahlzeitungen, beim Verteilen von zweimal mehreren tausend Zeitungen und Flyern, an den Wahlständen hat sich jeder nach seinen Fähigkeiten eingebracht.

Drittens: DIE LINKE in Zossen konnte neue Mitglieder und neue aktive Sympathisanten gewinnen. Von diesen kandidierten auch einige für den Kreistag und die SVV. Vor allem fanden auch jüngere den Weg zur LINKEN.

Wir sind gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen und werden mit dieser neuen Kraft aktiv Kommunalpolitik mitgestalten. Da dabei zu sein wird anstrengend, aber in dem Team, was sich jetzt aufgestellt hat, macht Kommunalpolitik auch Spaß.

**Vielen Dank für das interessante Gespräch, viel Erfolg, bestes Gelingen bei Deinen neuen Aufgaben!**

## Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

### aus erster Hand von Maritta Böttcher



#### Finanzmarktkrise und Konjunktur

In der Beratung der Landes- und Fraktionsvorsitzenden sowie im geschäftsführenden Vorstand der Partei DIE LINKE war das Hauptthema selbstverständlich die Finanzmarktkrise.

DIE LINKE begrüßt, dass die Bundesregierung endlich beginnt, systematisch die Krise anzugehen. Wir sagen aber auch, dass wir gleichzeitig dringend ein Konjunkturprogramm brauchen. Es wurde schon vor Wochen im Parteivorstand der LINKEN ein Vorschlag gemacht, dass mehr Geld in die Taschen der Rentnerinnen und Rentner, der Arbeitnehmer, der Familien und derjenigen, die wenig Geld in diesem Lande haben, kommen muss, um die Konjunktur zu beleben. Das ist dringend notwendig. Eine weitere Forderung, die ja auch von einzelnen Gewerkschaften unterstützt wird, ist, dass in dieser Situation auch Milliardäre und Millionäre zur Kasse gebeten werden müssen. Stärkere Schultern können mehr tragen. Das ist so. Ver.di fordert eine Millionärssteuer von fünf Prozent. Wir werden im Parteivorstand auch eine Diskussion dazu haben, in welcher Höhe eine Millionärssteuer erhoben werden soll.

#### Wahlresümee

DIE LINKE kann insgesamt ein sehr positives Resümee für das vergangene Wahljahr ziehen. Wir liegen deutlich über Plan. Wir sind jetzt in vier westdeutschen Landtagen vertreten, davon in zwei Flächenländern. Wir haben in Bayern ein sehr achtbares Ergebnis erzielt. Wir konnten in vier bayrische Bezirksversammlungen mit Vertreterinnen und Vertretern der LINKEN einziehen und wir haben auf kommunaler Ebene mit dem Branden-

burger Ergebnis den Beweis erbracht, dass DIE LINKE kommunalpolitisch im Osten deutlich zulegen kann. Erfreulich ist natürlich, wenn im Moment nicht wenige Umfragen sagen, dass wir in den neuen Ländern die stärkste Partei sind. Da werden wir intensiv weiter dran arbeiten, der Osten bleibt für uns ein Schwerpunkt.

#### Neue Mitglieder

Wir können konstatieren, dass auch die Mitgliederentwicklung positiv ist. Zum 30. September 2008 betrug die Mitgliederzahl 76.139 Mitglieder. Also DIE LINKE wächst, die stärksten Zuwächse in diesem Jahr waren in den Landesverbänden NRW, Saarland und wahlkampfbedingt auch in Bayern. In zwei ostdeutschen Ländern, nämlich in Berlin und Thüringen, haben wir keine Mitgliederverluste, sondern leichte Gewinne in den ersten neun Monaten zu verzeichnen.

#### Deutschland braucht mehr Investitionen in Bildung

DIE LINKE erneuert ihre Forderung nach einem Zukunftsinvestitionsprogramm für bessere Erziehung, Bildung sowie Infrastruktur in Höhe von 50 Milliarden Euro. Bildungspolitische Fragen müssen einen höheren Stellenwert erhalten. Wer Bildungsfragen missachtet, riskiert nicht nur die Zukunft von Menschen, sondern auch eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung. Der Bildungsgipfel muss trotz Finanzmarktkrise die notwendigen Weichen in diese Richtung stellen. Wenn die Kanzlerin es nicht schafft, ihren Ministerpräsidenten die Brisanz der Lage klarzumachen und einen nationalen Bildungspakt auf den Weg zu bringen, hat ihre teure Bildungsreise nichts gebracht und der Bildungsgipfel verkommt zum PR-Gag.

#### Gegen jegliche Form der Bahnprivatisierung

Die Verschiebung des Börsengangs bietet eine erneute Chance, die Privatisierung noch einmal zu hinterfragen. Immerhin sind rund drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger gegen die Auslieferung der Bahn an private Investoren. Denn diese bedeutet Vergeudung und Vernichtung von öffentlichem Vermögen. Eine Bahn, die den Gesetzen der Börse unterworfen ist, kann nicht mehr demokratisch gesteuert und kontrolliert werden. Damit kann sie auch ihrem ursprünglichen Auftrag nicht mehr nachkommen, eine flächendeckende, preisgünstige und umweltverträgliche Mobilität für alle sicherzustellen.

DIE LINKE hat sich wiederholt gegen die Bahnprivatisierung ausgesprochen und unterstützt die Initiativen, die für den Erhalt der Bahn als öffentliches Unternehmen streiten.

#### Gesamtmitgliederversammlung

Im Regionalverband TF Süd wurden am 11.10.2008 umfassend die Wahlen analysiert.

An vier Neumitglieder wurden die Dokumente überreicht. Es gab viele Verabredungen, unter anderem einen vierteljährlichen Abgeordnetentreff der Region, die Nutzung der Angebote des kommunalpolitischen forums sowie Verbesserungen der Kommunikation.

Als Höhepunkt wurde durch Klaus Pollmann unsere neue Internetseite vorgestellt und sie ging ans Netz.

Maritta Böttcher

## Volksbegehren:

### Keine neuen Braunkohlentagebaue in der Lausitz!

Wenn ich die Namensbezeichnung der gegenwärtigen und bereits ausgekohnten Braunkohlentagebaue höre, dann sind sie mir zum Teil vertraut. Ich habe zeitweilig bei der Erschließung der Lagerstätten mitgewirkt. Ich habe die Narben, die in die Landschaft gerissen worden sind, miterlebt. Einige Tagebaue sind noch in Betrieb, andere werden bereits geflutet, um in einigen Jahren eine zusammenhängende Lausitzer Seenlandschaft zu bilden.

Solche Projekte wurden bereits zu DDR-Zeiten ausgearbeitet und werden modifiziert nunmehr verwirklicht. Das stellte für mich wenigstens eine Beruhigung dar, wenn ich die ausgekohnten Gruben und die abgerissenen Dörfer vor Augen hatte. Dabei darf man nicht vergessen, dass bereits 20 Jahre vergangen sind. Nach der Wende wurde die Braunkohlenpolitik der DDR geschmäht. Manfred Stolpe beeilte sich auch zu erklären, dass im Osten Deutschlands keine neuen Braunkohlentagebaue mehr erschlossen werden und kein Dorf, mit meist sorbischer Bevölkerung, den Abraumbaggern weichen muss.

Davon ist natürlich keine Rede mehr. Der Raubbau und die Zerstörung der Lausitzer Landschaft gehen weiter. Nunmehr wird die Braunkohlenpolitik lediglich privatwirtschaftlich und natürlich westlich demokratisch weitergeführt. Energiegewinnung aus Braunkohle war sehr wichtig (Die DDR hatte keine andere Alternative.) und wird noch einige Zeit notwendig bleiben. Braunkohlekraftwerke haben den höchsten CO<sub>2</sub>-Ausstoß und stellen einen der größten Klimakiller dar. Alle Investitionen und Forschungen sollten aber nunmehr auf die Nutzung alternativer Energie ausgerichtet sein. Die gegenwärtigen noch im Betrieb befindlichen Tagebaue können noch Kohle für 20 bis 30 Jahre für die Energiegewinnung fördern. Wenn diese sich noch in Betrieb befindenden Tagebaue auslaufen, also ausgekohlt sind, kann



man aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse und des wirtschaftlichen Fortschritts davon ausgehen, dass ein Umbruch im Energiesektor derart erfolgt ist, dass Energiegewinnung aus Braunkohle nicht mehr nötig ist. Das Volksbegehren bezieht sich also nicht auf die Stilllegung bereits vorhandener Tagebaue, sondern gegen den Abschluss neuer Tagebaue und die weitere Zerstörung der Lausitzer Kulturlandschaft. Alternative Energiegewinnung und Einsparung an Energieverbrauch sind ein entscheidender Beitrag gegen den Klimawandel. Der Bodenschatz Braunkohle ist ebenfalls endlich und ist als chemischer Rohstoff zu wertvoll, als dass er für die Energiegewinnung verbrannt werden kann. Übrigens ist es ein Irrglaube, dass die Atomstromgewinnung eine umweltschonende Alternative zur Energiegewinnung aus Fossilen Brennstoffen darstellt. Die Kernbrennstoffherstellung und die Endlagerung radioaktiver Abfallprodukte sind zu teuer und zu unsicher.

Vattenfall, der größte Energiekonzern im Osten, der die Braunkohle nutzt und noch weiter nutzen will, hat eine neue Technologie entwickelt, die es möglich machen soll, das Kohlendioxid nicht in die Luft zu blasen, sondern zu verflüssigen und dann in natürliche Erdgasspeicher zu pumpen. Das bereits im Kleinversuch ausprobierte Verfahren ist sehr teuer und wird die Energiepreise drastisch steigen lassen. Das Abfallprodukt CO<sub>2</sub> ist damit nicht verschwunden, sondern nur versteckt. Langfristig wird das CO<sub>2</sub> aus den natürlichen Erdgasspeichern entgasen, es kann also nicht ewig gespei-

chert bleiben. Der angedachte Untergrundspeicher bei Ketzin ist zudem undicht. Ich persönlich glaube, dass das der falsche Weg ist. Die Sonnen-, Wind-, Gezeiten- (Ebbe und Flut), Erdwärme- u.a. unerschöpfliche natürliche Energiereserven stellen die Energielieferanten der Zukunft dar und deren effektive Nutzung sollte eine globale Aufgabe sein. Vorbehalte habe ich bei der Biogasgewinnung, wenn man Nahrungsmittel verbrennt oder die Tropenwälder zu Gunsten von Biomasseplantagen vernichtet. Die finanziellen Mittel und die technologischen Möglichkeiten sind schon jetzt vorhanden, wenn man auf die unsäglichen Rüstungsausgaben verzichten könnte. Aber Kriege um die herkömmlichen Energiereserven bringen wohl unmittelbaren großen Gewinn für Konzerne und Finanzoligarchien. Das können wir ja schon bei Marx nachlesen. Fazit bleibt: Neue Braunkohlentagebaue sind nicht mehr erforderlich. Die Abkehr von dieser Energiepolitik sollte ein übergreifender Konsens aller gesellschaftlichen und politischen Kräfte in unserem Lande sein. Wir sollten aber keine Diskussionen Pro und Contra scheuen. Sie sind auch legitim, um gegen die Desinformation der Konzerne und Lobbyisten vorzugehen und gleichzeitig aufzuklären. Die Angst um den Arbeitsplatz bezüglich der in der Zukunft wegfallenden Braunkohlenindustrie ist unbegründet.

*Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde*

**Geht in die Meldebüros der Städte und Gemeinden und unterstützt das Volksbegehren. Keine neuen Tagebaue in der Lausitz!**

## Diana Golze hat das Wort

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region



### Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik!

Wieder einmal wurde im Deutschen Bundestag über den Einsatz deutscher Soldaten debattiert. Es ging diesmal nicht nur um die Verlängerung des Afghanistan-Mandats um erstmals 14 Monate, sondern auch um die Erhöhung der Mandatsobergrenze um 1.000 Soldaten. SPD, Union und FDP sind mit ihrer Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes zwar gegen den Mehrheitswillen der Bevölkerung, aber „ein Rückzug wäre eine schwere Niederlage nicht nur für die Völkergemeinschaft, sondern auch für Deutschlands Ansehen in der Welt“, so Peter Struck. Kurs halten in Afghanistan ist weiterhin die Parole! Langer Atem sei gefragt. Durchhalten und nicht nachdenken; vor allem nicht über Alternativen zur deutschen Afghanistan-Politik.

Schauen wir auf das Ergebnis von sieben Jahren Krieg in Afghanistan und fast drei Milliarden Euro Kosten für den deutschen Steuerzahler - es ist verheerend. Die Zahl der zivilen Opfer steigt, Armut wächst und Hunger

bedroht ein Drittel der afghanischen Bevölkerung. Die Militäreinsätze ISAF und OEF sind gescheitert. Die proklamierten Ziele des Krieges sind bisher nicht erreicht. Im Gegenteil: Wiederaufbau, Demokratie und Sicherheit sind in weite Ferne gerückt. Es lässt sich der Schluss kaum vermeiden, dass die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag die Soldaten der Bundeswehr ohne ein auf Afghanistan bezogenes, durchdachtes Konzept an den Hindukusch entsandten. Ein solches Gesamtkonzept, das Ziele, Mittel und Strategien des Einsatzes sowie des Abzuges klärt, muss Grundlage jeder Einsatzplanung sein.

Ein Ausweg aus der gegenwärtigen Situation liegt vor allem in der konsequenten Stärkung afghanischer Staatlichkeit: Bundesregierung, Bundestag und Bundeswehr sollten konsequent bei ihrer Rolle der Unterstützung der afghanischen Regierung bleiben, aber sich vor allem darauf konzentrieren, den afghanischen Staatsapparat zu stärken. Unsere Position ist nicht: Nach

uns die Sintflut! Aber Kriterien für einen Abzug der Soldaten müssen definiert und umgesetzt werden. Und wir sind mit dieser Auffassung nicht mehr allein. Es rumort im politischen Berlin. Ein Durchwinken der Beschlüsse über Auslandseinsätze, speziell in Afghanistan, wird es nicht mehr geben. Die wachsende Zahl von Toten, auch deutschen, beim „militärischen Engagement“ führen zu Diskussionen. Fragen werden gestellt, Zweifel formuliert. Dass die Mehrheit der Bevölkerung dieses Landes für ein „Raus aus Afghanistan!“ ist, wird von (einigen) Politikern noch ignoriert.

Man könne „nicht der Stimmung der Bevölkerung folgen, sondern muss politische Verantwortung übernehmen“, meint Peter Struck. Ja, Herr Struck. Politik sollte Verantwortung übernehmen. Klar zur Wende in der Afghanistan-Politik! Die sicherheitspolitischen Herausforderungen erfordern nicht mehr militärische Mittel, sondern vielmehr politische Konzepte.



#### Fortsetzung Seite 3

verteilen diese Güter sehr egoistisch und ungerecht. Da bleiben auch ein paar Almosen, die hier und da einigen wenigen Armen mal kurz helfen sollen, nur Tropfen auf dem heißen Stein.

Es ist genug für alle da, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Doch solange einige wenige nicht genug kriegen können, werden viele andere nicht genug haben.

In Amerika reicht die „Forbes“-Lis-

te der 400 reichsten Bürger nur noch für Besitzer von Milliarden Dollar. Schlichte Multimillionäre haben für diese Liste nicht genug Reichtum angehäuft.

Dafür steigt die Kinderarmut in der westlichen Welt stetig und in Deutschland besonders stark. Etwa 2,5 Millionen Kinder unter 18 Jahre gelten hier in Deutschland ganz offiziell als arm. Damit haben auch 2,5 Millionen Kin-

der in unserem Land nur schlechte Ausbildungs-Chancen und werden die Überflüssigen der Zukunft.

Lasst uns mit allen, die dazu bereit sind, gegen die weltweite Armut und besonders auch die steigende Kinderarmut im eigenen Land unermüdlich kämpfen, bei Diskussionen, Foren, Demos und wo es sich sonst anbietet.

Rainer Weigt,  
Klein Schulzendorf



## Kein Mensch ist illegal!

In Sambia ist die durchschnittliche Lebenserwartung eines Mannes auf unter 33 Jahre gesunken, in Simbabwe auf 35 Jahre. In Südafrika wird die durchschnittliche Lebenserwartung von heute 55 Jahren in den nächsten zehn Jahren auf rund 35 Jahre sinken. Indikatoren dafür sind nicht nur Aids und andere Krankheiten wie Malaria. Nein, es sind vor allem fehlende medizinische Versorgung, schlechter Zugang zum Trinkwasser und Unterernährung - die typischen Anzeichen für die Armut. Nach der Definition der WTO, also der Weltbank, ist arm, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens seines Heimatlandes zur Verfügung hat. Darunter fallen mehr als vier Milliarden Menschen. Also die Hälfte der Welt. Und während in den europäischen bzw. westlichen Ländern mehr als eine Milliarde Menschen an Überfettung leiden, stirbt alle drei Sekunden ein Kind an akuter Unterernährung. Schon allein der Fakt, dass in der Europäischen Union eine Milchkuh mit 2 Euro pro Tag subventioniert wird, aber mehr als eine Milliarde Menschen von weniger als einem Euro pro Tag leben, zeigt den Wahnsinn unseres „besten aller Systeme“. Die Frage stellt sich nun: Können wir diese Armut bekämpfen? Geht das denn überhaupt oder ist der Kampf gegen die Armut nicht auch ein Kampf gegen unseren Wohlstand? Immerhin kommt ja jeder Euro, den wir als „Entwicklungshilfe“ durch Knebelverträge über die Weltbank in die Entwicklungsländer schicken, doppelt wieder zu uns zurück und ernährt somit unseren Wohlstand. Müssten wir nicht statt einen Kampf gegen die Armut einen Kampf gegen die Armen führen, so wie es uns die USA seit dem 11. September 2001 vorspielen?

Ich denke nicht. Der Kampf, den die USA gegen ihren südamerikanischen „Hinterhof“ führen, ist so inhuman wie die ganze Rüstungspolitik von George Walker Bush. Dass man mit einer Mauer nicht auf Dauer Menschen ihrer Freiheit und ihrer Wünschen be-

rauben kann, das wissen wir spätestens seit 1989/90, als der Eiserne Vorhang gefallen ist. Aber diese Mauerpolitik scheint gerade in Mode gekommen zu sein. Nicht nur der Zaun, der die USA von Mexiko trennt, sondern auch die Mauer von Jerusalem, die Selbstmordattentäter abhalten soll, oder erst jüngst der Zaun von Heiligendamm, der die Führer der reichsten Nationen vor den Demonstranten schützen sollte. Nun kam auch Frontex, die Abschiebeorganisation der EU, auf die Idee, eine Mauer an den Küsten von, nein nicht Europa, sondern an den Küsten von Afrika zu errichten, um potenzielle Flüchtlinge daran zu hindern, den afrikanischen Kontinent zu verlassen. Diese Politik der Abschottung, die die „Festung Europa“ seit einigen Jahren betreibt, ist eine Politik der Kurzsichtigkeit. Sie sieht nicht die Lebensbedingungen in Afrika als ein Problem, das die Menschen zur Massenflucht bewegt, sondern die Flüchtlinge. Menschen werden für illegal erklärt und, ohne über die Gründe ihrer Flucht aus ihrer Heimat nachzudenken, abgeschoben. Denn würde man mit diesen Menschen sprechen, so würde man mit unglaublichem Leid und unglaublicher Armut konfrontiert werden und feststellen, dass der Kampf gegen die Armen nur noch mehr Armut produziert und dass das Geld, das für elektronische Überwachungsanlagen und Küstenzäune ausgegeben wird, besser für einen Kampf gegen die Armut genutzt werden kann. Was wir brauchen ist ein globaler „Marschallplan“ für Afrika, in dem wir uns unserer Verantwortung für den ehemaligen Kolonialkontinent Europas bewusst werden.

Doch wie könnte man nun diesen „Marschallplan für Afrika“ bezahlen? Die USA geben in 32 Stunden soviel Geld für Rüstung aus wie der gesamten UNO insgesamt in einem Jahr zur Verfügung steht. Weltweit wurden 1.000 Milliarden Euro im Jahr 2005 für das Militär ausgegeben. Das Worldwatch-Institut hat herausgefunden,

dass nur 7,4% dieser Summe ausreichen würde, um die UN-Ziele zur Halbierung der Armut bis 2015 zu erreichen. Die Frage, warum jetzt nicht jedes Land einfach 7,4% weniger für Rüstung ausgibt, beantwortet sich mehr oder weniger von selbst. Bertold Brecht sagte einmal: „Krieg wird sein, solange auch nur ein Mensch am Krieg verdient.“ Und noch zu viele verdienen an Armut und Krieg. Doch nicht Kriegsgewinnlern würde etwas fehlen. Auch vielen europäischen und amerikanischen Staats- und Regierungschefs würde auf einmal ein Feindbild abhanden kommen. Denn was würde passieren, wenn man von heute auf morgen die Armut halbieren würde? Würde man damit nicht der „Achse des Bösen“, dem internationalen Terrorismus das Wasser abgraben, den Nachschub nehmen? Wie sollte man dann noch den Menschen Bürgerrechts- und Freiheitsbeschneidungen erklären?

attac hatte vor zwei Jahren mal eine Aktion, in der ein Spruch auf einem Plakat lautete: „An hungry men is an angry men“! Davon wollen die Regierungen und die Bevölkerung nichts wissen. Wir rüsten lieber auf und bauen unsere Freiheitsrechte ab. Wir beschneiden lieber den Datenschutz und kämpfen weiter gegen die Armen anstatt gegen die Armut zu kämpfen. Und dabei wird der größte Teil der Bevölkerung vom Fernsehen verdummt und verblödet, damit er gar nicht mehr das intellektuelle Interesse daran hat, sich dagegen zu wehren. Doch wenn wir es jetzt nicht in die Hand nehmen und den Menschen in Afrika eine Perspektive geben, sie nicht mit Almosen abspesen, sondern ihnen wirklich gute und wichtige Hilfe zur Selbsthilfe geben, dann haben wir etwas geschafft, was in Zukunft ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen eine ökologische Katastrophe sein wird. Nur wird es schwierig, sich gegen den neoliberalen Geist durchzusetzen oder ihn gar zu überwinden.

## Praktikum im Deutschen Bundestag

Eines gleich vorweg: Natürlich musste ich als Praktikant auch viel kopieren ...

Zwei Monate Praktikum im Bundestagsbüro von Dr. Dagmar Enkelmann, da kommt einiges auf mich zu, das war mir klar. Zumal ich ja schon vorher wusste, dass ich für die Fraktion eine Ausarbeitung und Zusammenfassung des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 3. Juli dieses Jahres betreffs der Überhangmandate erstellen sollte. Nebenher wollte ich natürlich auch eine Hausarbeit für mein Studium der Rechtswissenschaften schreiben – wenn man schon mal die Möglichkeit hat, die Bundestagsbibliothek zu benutzen, immerhin die viertgrößte Parlamentsbibliothek der Welt. Daher wählte ich bewusst die Zeit von Anfang August bis Ende September für mein Praktikum, denn da war immer noch Sommerpause im Parlament und die Arbeit und der Stress im Büro hielten sich in Grenzen – dachte ich zumindest. Ich bezweifle, dass es nur daran gelegen hat, dass Dagmar Enkelmann 1. Parlamentarische Geschäftsführerin unserer Bundestagsfraktion ist, jedoch trug dieser Fakt sicherlich dazu bei, dass das Telefon nie stillstand, das E-Mail-Postfach immer neue Nachrichten anzeigte und auch öfter mal Besucher ins Büro kamen, weil sie eine Unterschrift von Frau Enkelmann brauchten oder was mit ihr zu besprechen hatten. Und das alles, obwohl ja gar keine Sitzungswochen waren. Da merkt man erst mal richtig, was im Parlament alles so im Hintergrund läuft, ohne dass die meisten Menschen etwas davon mitbekommen. Und auch der Umgang zwischen den verschiedenen Fraktionen ist ohne Medienöffentlichkeit ein ganz anderer: Man klopfte sich gegenseitig auf die Schulter, macht Witze im Fahrstuhl (so beobachtet zwischen Gregor Gysi und Herrn Koppelin von der FDP) oder plauscht auch einfach mal ganz ungezwungen auf den Gängen – was bei annähernd 130.000 m<sup>2</sup> Nutzfläche aller Bundestagsliegenschaften auch



relativ einfach ist. Womit ich auch zu einem weiteren, vermutlich nicht nur mich betreffenden Problem komme: Ich habe mich in den zwei Monaten nicht nur einmal verlaufen. Sicher, irgendwann kennt man den Weg in „sein“ Büro und gegebenenfalls auch mal eine Abkürzung. Nur wenn man dann mal eine Räumlichkeit sucht, weil man als Praktikant auch Botengänge zu erledigen hat, braucht man schon mal durchaus eine Stunde, bis man wieder das „heimische“ Büro erreicht hat.

Höhepunkt meines Praktikums war zweifelsohne der Empfang von Besuchergruppen und die anschließende Führung durch die Häuser. Besonders hervorheben und bedanken möchte ich mich auch dafür, dass Frau Enkelmann

mir als Praktikanten ebenfalls den Empfang einer Gruppe aus Luckenwalde ermöglichte.

In den letzten beiden Wochen meines Praktikums standen dann Sitzungswochen und damit verbunden die Einbringung des Bundeshaushalts 2009 an. Die Gebäude wurden merklich voller und lebendiger, Abgeordnete kamen gut erholt oder auch gestresst, je nachdem wie sie die Sommerpause verbracht hatten, wieder in Berlin an. „Meine“ Abgeordnete führte in der Sommerpause z.B. ihre Sprechstunden unter freiem Himmel in ihrem Wahlkreis durch. Und vergessen darf man in diesem Zusammenhang auch nicht, dass wir ja auch noch eine Kommunalwahl in Brandenburg zu bestreiten hatten und Dagmar Enkelmann erneut für die SVV ihrer Heimatstadt Bernau kandidierte – was zusätzlichen Stress bedeutete – und gewählt wurde.

Ich möchte nochmals ein herzliches Dankeschön an Dagmar Enkelmann aussprechen, die mir so eine tolle und lehrreiche Zeit ermöglichte und mir in meiner Arbeit viel Freiraum ließ. Danken möchte ich jedoch auch dem Team in Berlin und in den Wahlkreisbüros für die freundliche und konstruktive Zusammenarbeit. Zwei Monate können wie im Flug vergehen – es war eine schöne Zeit ...

*Felix Thier, Luckenwalde*

## Blick auf Russland

In unserer Fernsehzeitung erschienen (und erscheinen) oft Interviews und kurze Meinungsäußerungen zu brennenden aktuellen Problemen der internationalen Politik – sie beeindruckten durch klare, verständliche Wertungen und fundierte historische Kenntnisse.

Der Autor ist Peter Scholl-Latour, Jahrgang 1924, Journalist, viele Jahre ARD-Korrespondent in Afrika und Indochina, Fernsehdirektor des WDR, Herausgeber des „Stern“.

Sein Buch „Russland im Zangengriff – Putins Imperium zwischen NATO, China und Islam“ fand unsere besondere Aufmerksamkeit, da uns – wie



sicher vielen anderen – der Zerfall der Sowjetunion besonders schmerzlich berührt.

Scholl-Latour bereist Russlands Grenzgebiete von Minsk bis Wladivostok. Stationen sind u.a. Weißrussland, Tartarstan, Fernost, Ussuri, die Mandschurei, China, die Ukraine. Er trifft Menschen aller Schichten, hat keine Berührungsängste, spricht mit

*Fortsetzung auf Seite 11*

Fortsetzung von Seite 10

Regierungsvertretern, hochrangigen Militärs, Sicherheitsbeamten, Journalisten – aber auch mit Bauern, Kraftfahrern, Hotelangestellten. Die Probleme, die dieses Riesenland hatte und hat, treten so sehr plastisch hervor, so z. B. das Zusammenleben der verschiedenen Nationalitäten, das zwar theoretisch gelöst war, aber praktisch nie wirklich funktionierte, wie die Vorgänge im Kaukasus zeigen. Unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklung der Regionen, mehrere Religionen, Antisemitismus – das findet er auch in den Ländern, die Russland umgeben und beeinflussen.

Da er schon früher viele Gebiete bereist hatte, kann er Vergleiche anstellen und Entwicklungen aufzeigen, wobei Scholl-Latour seine hervorragenden historischen Kenntnisse zugutekommen. Man begreift viele bisher unverständliche Zusammenhänge. Sehr sympathisch ist uns sein Bemühen um wahrheitsgemäße und vorurteilsfreie Berichterstattung ohne Rücksicht auf vorherrschende Meinungen und Medienkampagnen.

Dabei liest sich das Buch wie auch seine anderen Veröffentlichungen so spannend und anschaulich, dass man es am Ende wieder von vorn anfangen möchte.

Wir freuen uns schon heute auf die Veranstaltung mit ihm in Luckenwalde.

*Christa und Günter Zernick,  
Mellensee*



## Glückwünsche

Marie Petermann in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 11.11.  
 Günter Pötzsch in Mahlow zum 73. Geburtstag am 12.11.  
 Dora Pützschel in Mahlow zum 83. Geburtstag am 14.11.  
 Anneliese Wirth in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 14.11.  
 Christa Wetzel in Schönefeld zum 71. Geburtstag am 14.11.  
 Johanna Reich in Jüterbog zum 77. Geburtstag am 15.11.  
 Werner Wenzel in Blankenfelde zum 79. Geburtstag am 20.11.  
 Werner Langklotz in Blankenfelde zum 74. Geburtstag am 20.11.  
 Gerhard Hausmann in Jüterbog zum 92. Geburtstag am 21.11.  
 Gisela Renner in Dahlewitz zum 71. Geburtstag am 22.11.  
 Günter Kühn in Am Mellensee zum 81. Geburtstag am 25.11.  
 Elli Wünschmann in Luckenwalde zum 88. Geburtstag am 26.11.  
 Gerda Müller in Rangsdorf zum 84. Geburtstag am 27.11.  
 Erika Lorenz in Werder zum 79. Geburtstag am 28.11.  
 Ursula Weber in Schöna-Kolpien zum 77. Geburtstag am 28.11.  
 Dr. Rudolf Schiller in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 29.11.  
 Margarete Perlit in Luckenwalde zum 79. Geburtstag am 01.12.  
 Biruta Schlag in Sperenberg zum 73. Geburtstag am 01.12.  
 Karin Odebrecht in Mahlow zum 71. Geburtstag am 02.12.  
 Karl-Heinz Stüber in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 07.12.  
 Vera Ferdinand in Zossen zum 79. Geburtstag am 09.12.  
 Dr. Herbert Fiedler in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 08.12.

## Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und*

*Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen*

**Inge Tomalla** in Luckenwalde zum **80.** Geburtstag am 13.11.  
**Brigitte Bloch** in Luckenwalde zum **80.** Geburtstag am 24.11.  
**Christa Zernick** in Am Mellensee zum **75.** Geburtstag am 26.11.  
**Rolf Schröther** in Jüterbog zum **70.** Geburtstag am 26.11.  
**Inge Doebl** in Rangsdorf zum **75.** Geburtstag am 04.12.  
**Werner Eiserbeck** in Luckenwalde zum **80.** Geburtstag am 07.12.  
**Hannelore Clemens** in Jüterbog zum **80.** Geburtstag am 08.12.  
**Angelika Kristen** in Dahlewitz zum **50.** Geburtstag am 09.12.  
**Manfred Jura** in Stülpe zum **65.** Geburtstag am 10.12.

## Gewundert ...

... haben sich am Abend des Kommunalwahlsonntags nicht wenige: Was ist in Nuthe-Urstromtal los? Seit wann wählen dort so viele DIE LINKE? Wir haben selbst nicht schlecht gestaunt – 28,32% der Wähler (von 59,11% der Wahlberechtigten) – wollten unsere Kandidaten in der Gemeindevertretung sehen, für linke Kreistagskandidaten hat es 28,1% der Stimmen gegeben.

Unsere Basisgruppe hat natürlich nach Ursachen gesucht, die uns von 14,1% der Stimmen 2003 auf nun über

28% klettern lassen.

Erstens war die Kommunalwahl eine Personenwahl. Das heißt: Wir haben die richtigen Kandidaten auf unserer Liste gehabt. Mit Monika Krause, Cornelia Heinrich, Patrick Schlecht, Holger Jeserig gelang gleich vier „Neuen“ der Sprung ins Gemeindeparlament. Die einzige mit Abgeordnetenerfahrung ist Sabine Ernicke, die bisher für die Freie Liste in der Gemeindevertretung gearbeitet hat. Dabei wird deutlich, dass gleich zwei Dobbrikower das Mandat erhalten

haben. Über 64% der Dobbrikower Einwohner, die ihr Wahlrecht wahrnahmen, wählten links. Wir denken, dass mancher Wähler sich so entschieden hat, obwohl die Kandidaten auf der Liste der LINKEN gestanden haben. Die Bürger wollten Vertreter ihres Ortes im höchsten Gremium der Gemeinde haben.

Zweitens haben die bisherigen Gemeindevertreter der PDS/DIE LINKE dafür gesorgt, dass linke Positionen

*Fortsetzung auf Seite 12*

*Fortsetzung von Seite 11*

nen in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Unser besonderer Dank gilt Manfred Jura, der seit 1993 als Gemeindevertreter und Fraktionsvorsitzender gearbeitet hat.

Drittens verdeutlichen die Stimmen für Monika Krause – die höchste Zahl aller Kandidaten: Wer sich für die Menschen der Region einsetzt – ob über AWO, Jugendarbeit oder Kultur – hat das Vertrauen der Wähler.

Viertens erhielten wir eine positive Resonanz auf unseren Wahlflyer, der sowohl die Hauptziele unserer Arbeit

als auch die Porträts der Kandidaten gezeigt hatte.

Fünftens haben unsere Plakate gewirkt, die Themen (besonders „Armut“ und „Bildung“) kamen beim Wähler an. Unsere Personenplakate unterschieden sich wohlthuend von denen anderer Parteien.

In sechs der 23 Orte lag DIE LINKE auf Platz eins, in der Gemeinde haben wir nach der SPD (33%) Platz zwei, auf den wir stolz sein können.

In Dobbrikow wurde unser Kandidat für die Aufgaben des Ortsvorstehers, Holger Jeserigk, mit 85,97%

der Stimmen gewählt, und das trotz Gegenkandidatin. Zum ersten Mal stellt DIE LINKE in Nuthe-Urstromtal einen Ortsvorsteher; er soll nicht der einzige bleiben.

Nun wollen die Fraktion und der Ortsvorsteher mit ihrer Arbeit beweisen, dass sie zu recht zweitstärkste Kraft in der Gemeinde und für die Wähler glaubwürdig sind.

*Ingrid Köbke,  
BO Nuthe-Urstromtal*

## Termine

**12.11.08 14.00 Uhr**

Redaktionssitzung,  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**15.11.08**

2. Tagung des 1. Kreisparteitages  
DIE LINKE T-F,  
Kreishaus Luckenwalde

**18.11.08 18.00 Uhr**

Bildungsabend Thema:  
Krieg? - Georgien - Russland  
Geschäftsstelle Luckenwalde

**24.11.08 19.00 Uhr**

Kreisvorstandssitzung,  
Geschäftsstelle Luckenwalde

### Vortrag und Gespräch

**Peter  
Scholl - Latour,  
Autor, Journalist,**

referiert zum Thema:  
**Russland im Zangengriff  
- Putins Imperium zwischen  
NATO, China und  
Islam**

Sonntag, 23. November 2008,  
ab 16.00 Uhr,  
Stadttheater Luckenwalde



## Kreisparteitag

Am 15.11.2008 findet die zweite Tagung des ersten Kreisparteitages DIE LINKE Teltow-Fläming statt. Neben der Auswertung der Kommunalwahlen stehen u.a. die Wahl der Delegierten zur Landtags-, Bundestags- und Europa-Wahlkonferenz sowie der Personenvorschlag des Kreisverbandes DIE LINKE Teltow-Fläming für die Landesliste DIE LINKE Brandenburg für den Landtag auf der Tagesordnung. <

## Neue Broschüre geplant

Die noch recht neue Tradition, am 1. Mai eine Broschüre des Kreisverbandes vorzustellen, soll im kommenden Jahr weitergeführt werden.

„Geschichten und Erlebnisse rund um den Niedergang der DDR und den Neuanfang in Gesamtdeutschland“

1. Warum wurdest Du bewusster DDR-Bürger?

2. Was war Dein Anspruch an ein besseres Deutschland?

3. Wurden Deine Träume früher oder heute verwirklicht?

4. Wie hast Du Dein Leben im heutigen Deutschland gemeistert?

5. Welche Brüche um die Wende sind in Deinem Leben eingetreten?

6. Welche Entwicklung haben Deine Kinder genommen?

7. Warum hast Du in Ostdeutschland

Deine berufliche, private und politische Heimat gefunden?

8. Warum wurdest Du Streiter und Mitglied der PDS/DIE LINKE (oder auch nicht)?

**Wer sich an der Broschüre beteiligen will, kann seine Antwort auf diese oder ähnliche Fragen bis Ende des Jahres in der Geschäftsstelle der LINKEN in Luckenwalde, Zinnaer Straße 36 abgeben. Eine Mail kann an die folgende Adresse gesandt werden: [info@dielinke-teltow-flaeming.de](mailto:info@dielinke-teltow-flaeming.de)**

### IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming, V.i.S.d.P.: Petra Haase  
14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel.: 0 33 71/63 22 67, Fax: 63 69 36  
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel.: 0 33 72/43 26 91, Fax: 44 30 33  
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17, Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54  
Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse  
Redaktionsschluss: 15. Oktober 2008, der nächsten Ausgabe: 12. November 2008  
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

